

Erste Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes (1. DV-BEG)

1. DV-BEG

Ausfertigungsdatum: 13.04.1966

Vollzitat:

"Erste Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes vom 13. April 1966 (BGBl. I S. 292, 393), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 17. April 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 130) geändert worden ist"

Konstitutive Neufassung gem. Art. I V v. 13.4.1966, in Kraft getreten am 4.5.1966

Stand: Zuletzt geändert durch Art. 1 V v. 17.4.2024 I Nr. 130

Ersetzt V v. 7.9.1954 I 271

Fußnote

(+++ Textnachweis Geltung ab: 1.1.1987 +++)

I. Besondere Anspruchsvoraussetzungen

§ 1 Nachweis des Todes

(1) Der Tod oder die Todesfeststellung nach dem Verschollenheitsgesetz oder nach anderen Rechtsvorschriften wird regelmäßig durch öffentliche Urkunden nachgewiesen.

(2) Kann der Tod oder die Todesfeststellung nicht durch öffentliche Urkunden nachgewiesen werden, so gelten für den Nachweis des Todes oder der Todesfeststellung die Grundsätze des § 176 BEG.

(3) Ist der Verfolgte verschollen und ist der Tod nach dem Verschollenheitsgesetz oder nach anderen Rechtsvorschriften nicht festgestellt, so wird vermutet, daß der Verfolgte am 8. Mai 1945 verstorben ist (§ 180 Abs. 1 BEG), es sei denn, daß nach den Umständen des Einzelfalles ein anderer Zeitpunkt des Todes wahrscheinlich ist (§ 180 Abs. 2 BEG). § 176 BEG findet Anwendung.

§ 2 Tod im unmittelbaren Anschluß an Deportation oder Freiheitsentziehung

(Entfällt)

§ 3 Anspruchsvoraussetzung nach § 4 BEG

Wenn die Voraussetzungen des § 4 BEG nicht in der Person des verstorbenen Verfolgten erfüllt sind, so hat einen Anspruch auf Entschädigung nach den §§ 15 bis 26 BEG nur der Hinterbliebene, auf den die Voraussetzungen des § 4 BEG zutreffen; es genügt nicht, daß die Anspruchsvoraussetzungen des § 4 BEG in der Person eines anderen Hinterbliebenen erfüllt sind.

II. Kreis der Hinterbliebenen

§ 4 Witwer

Der Anspruch des Witwers auf Rente besteht auch dann, wenn der Unterhalt von der verfolgten Ehefrau überwiegend bestritten wurde.

§ 5 Kinder und ihnen Gleichgestellte

(1) Den Kindern einer Verfolgten stehen die gleichen Ansprüche nach den §§ 15 bis 26 BEG wie den Kindern eines Verfolgten zu.

(2) Den Kindern sind gleichgestellt

1. die Stiefkinder, die der Verfolgte in seine Wohnung aufgenommen hatte,
2. die Pflegekinder, die der Verfolgte in seine Wohnung aufgenommen hatte und für deren Unterhalt und deren Erziehung nicht von anderer Seite laufend

	ein höherer Betrag als 125 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Juli 1967	ein höherer Betrag als 150 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Januar 1971	ein höherer Betrag als 200 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Februar 1977	ein höherer Betrag als 360 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. März 1978	ein höherer Betrag als 430 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. März 1979	ein höherer Betrag als 550 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. März 1981	ein höherer Betrag als 650 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Januar 1987	ein höherer Betrag als 750 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Januar 1990	ein höherer Betrag als 850 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Januar 2002	ein höherer Betrag als 480 Euro monatlich,
ab 1. Juni 2008	ein höherer Betrag als 520 Euro monatlich,
ab 1. Juli 2010	ein höherer Betrag als 530 Euro monatlich,
ab 1. Oktober 2012	ein höherer Betrag als 560 Euro monatlich,
ab 1. August 2014	ein höherer Betrag als 590 Euro monatlich,
ab 1. September 2016	ein höherer Betrag als 620 Euro monatlich,
ab 1. Januar 2019	ein höherer Betrag als 670 Euro monatlich,
ab 1. September 2021	ein höherer Betrag als 700 Euro monatlich und
ab 1. Dezember 2023	ein höherer Betrag als 780 Euro monatlich

gezahlt wird.

(3) Als in die Wohnung aufgenommen gelten Kinder auch dann, wenn der Verfolgte sie auf seine Kosten anderweit untergebracht hat, ohne daß dadurch die häusliche Verbindung mit ihm aufgehoben werden sollte.

§ 6

(weggefallen)

§ 7 Gewährung der Rente bei Kindern über 18 Jahre

(1) Kinder erhalten nach Vollendung des 18. Lebensjahres eine Rente, wenn sie

1. in einer Schul- oder Berufsausbildung stehen, die ihre Arbeitskraft überwiegend in Anspruch nimmt, sofern sie im Zusammenhang mit ihrer Ausbildung Dienstbezüge, Arbeitsentgelt oder sonstige Zuwendungen in entsprechender Höhe nicht erhalten, bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres,
2. wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen dauernd erwerbsunfähig sind, sofern die dauernde Erwerbsunfähigkeit vor Vollendung des 27. Lebensjahres eingetreten ist, ohne Rücksicht auf das Lebensalter, wenn sie nicht ein eigenes Einkommen

	von mehr als 125 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Juli 1967	von mehr als 150 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Januar 1971	von mehr als 200 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Februar 1977	von mehr als 360 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. März 1978	von mehr als 430 Deutsche Mark monatlich,

ab 1. März 1979	von mehr als 550 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. März 1981	von mehr als 650 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Januar 1987	von mehr als 750 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Januar 1990	von mehr als 850 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Januar 2002	von mehr als 480 Euro monatlich,
ab 1. Juni 2008	ein höherer Betrag als 520 Euro monatlich,
ab 1. Juli 2010	ein höherer Betrag als 530 Euro monatlich,
ab 1. Oktober 2012	ein höherer Betrag als 560 Euro monatlich,
ab 1. August 2014	ein höherer Betrag als 590 Euro monatlich,
ab 1. September 2016	ein höherer Betrag als 620 Euro monatlich,
ab 1. Januar 2019	von mehr als 670 Euro monatlich,
ab 1. September 2021	von mehr als 700 Euro monatlich und
ab 1. Dezember 2023	von mehr als 780 Euro monatlich

haben; Versorgungsbezüge, die dem Kinde wegen des Todes des Verfolgten gezahlt werden, rechnen nicht zum Einkommen des Kindes.

(2) Hat sich in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 die Schul- oder Berufsausbildung aus einem Grunde, der nicht in der Person des Verfolgten oder des Kindes liegt, über das 27. Lebensjahr hinaus verzögert, so wird die Rente entsprechend dem Zeitraum der nachgewiesenen Verzögerung auch über das 27. Lebensjahr hinaus gezahlt.

(3) (weggefallen)

§ 8 Elternlose Enkel

(1) Den elternlosen Enkeln eines Verfolgten stehen Ansprüche nach den §§ 15 bis 26 BEG zu, wenn der Verfolgte sie in seine Wohnung aufgenommen hatte und keine anderen Personen zum Unterhalt gesetzlich verpflichtet sind. § 5 Abs. 3 findet entsprechende Anwendung.

(2) Die Anspruchsvoraussetzung, daß der Verfolgte seine elternlosen Enkel unterhalten hat, wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß der Verfolgte im Hinblick auf die Unterhaltsgewährung Zuschüsse erhielt. Es kommt nur darauf an, daß der Unterhalt von dem Verfolgten überwiegend bestritten wurde.

(3) § 7 findet entsprechende Anwendung.

§ 9 Verwandte der aufsteigenden Linie und Adoptiveltern

Der Anspruch auf Rente steht den Eltern oder Adoptiveltern vor den Großeltern zu. An die Stelle eines verstorbenen Elternteils treten dessen Eltern.

III. Rente

1. Berechnung und Zahlung der Rente

§ 10 Art der Berechnung

Der Berechnung der Rente ist die als Anlage 1 beigefügte, nach der Einteilung der Bundesbeamten in solche des einfachen, mittleren, gehobenen und höheren Dienstes gegliederte Besoldungsübersicht zugrunde zu legen, welche die durchschnittlichen ruhegehaltfähigen Dienstbezüge dieser Beamtengruppen, die bis zum Erreichen der Altersgrenze erreichbar sind, ausweist.

§ 11 Einreihung in eine vergleichbare Beamtengruppe

(1) Für die Einreihung in eine vergleichbare Beamtengruppe ist die wirtschaftliche Stellung des verstorbenen Verfolgten maßgebend, es sei denn, daß seine soziale Stellung eine günstigere Einreihung rechtfertigt.

(2) Die wirtschaftliche Stellung bestimmt sich nach dem Durchschnittseinkommen des Verfolgten in den letzten drei Jahren vor seinem Tode oder, wenn dies für ihn günstiger ist, nach seinem Durchschnittseinkommen in den letzten drei Jahren vor der Verfolgung, die zu seinem Tode geführt hat. Für die Bewertung dieses Durchschnittseinkommens ist die als Anlage 2 beigefügte Besoldungsübersicht maßgebend, die das durchschnittliche Dienstseinkommen der Bundesbeamten des einfachen, mittleren, gehobenen und höheren Dienstes, nach Lebensaltersstufen gegliedert, ausweist. Bei der Einreihung in die Lebensaltersstufen der Besoldungsübersicht ist von dem Lebensalter des Verfolgten im Zeitpunkt des Beginns der Verfolgung, die zu seinem Tode geführt hat, auszugehen.

(3) Durchschnittseinkommen im Sinne dieser Bestimmung ist der durchschnittliche Gesamtbetrag der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb, aus selbständiger Arbeit und aus nichtselbständiger Arbeit (§ 2 Abs. 3 Ziff. 1 bis 4 des Einkommensteuergesetzes). Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft und aus Gewerbebetrieb bleiben insoweit außer Betracht, als sie nicht auf der eigenen Arbeitsleistung des Verfolgten beruhen. Bei der Ermittlung des Wertes der eigenen Arbeitsleistung ist zum Vergleich die Vergütung heranzuziehen, die einem Dritten als Arbeitsentgelt üblicherweise gewährt worden wäre.

(4) War ein unselbständig erwerbstätiger Verfolgter mit Rücksicht auf seine familienrechtlichen Beziehungen zum Unternehmer nicht gegen Entgelt oder gegen unverhältnismäßig geringes Entgelt tätig, so ist die tarifliche oder sonst übliche Vergütung zugrunde zu legen.

(5) Die soziale Stellung des Verfolgten bestimmt sich nach der auf seiner Vorbildung, seinen Leistungen und seinen Fähigkeiten beruhenden Geltung im öffentlichen Leben.

(6) Die Einreihung einer Verfolgten, die als Hausfrau tätig war, bestimmt sich in der Regel nach der wirtschaftlichen oder, sofern dies günstiger ist, nach der sozialen Stellung ihres Ehemannes.

(7) Hatte der Verfolgte wegen seines Alters noch keine wirtschaftliche und soziale Stellung erlangt, so bestimmt sich seine Einreihung in der Regel nach der wirtschaftlichen oder, sofern dies günstiger ist, nach der sozialen Stellung des Elternteils oder Großelternteils, der den Unterhalt des Verfolgten überwiegend bestritten hat.

§ 12 Hundertsatz des Unfallruhegehalts und der Versorgungsbezüge

(1) Das Unfallruhegehalt im Sinne dieser Verordnung beträgt 66 2/3 vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge (§ 10).

(2) Der Rente der Witwe und des Witwers sind 60 vom Hundert, der Rente für jedes Kind und für jeden elternlosen Enkel 30 vom Hundert und der Rente für einen Verwandten der aufsteigenden Linie oder einen Adoptivelternteil oder mehrere zusammen 30 vom Hundert des Unfallruhegehalts zugrunde zu legen.

§ 13 Hundertsatz der Rente

(1) Vorbehaltlich der Bestimmung der Absätze 2 bis 5 beträgt der Hundertsatz der Rente der Hinterbliebenen 100 vom Hundert der in § 12 bestimmten Beträge.

(2) Rechtfertigen die nach § 18 Abs. 2 BEG zu berücksichtigenden Umstände eine Ermäßigung des Hundertsatzes der Rente, so kann der Hundertsatz bis auf 30 vom Hundert ermäßigt werden.

(3) Zu den nach § 18 Abs. 2 BEG zu berücksichtigenden Umständen gehören insbesondere

1. eigener Arbeitsverdienst und eigene Dienstbezüge aus zumutbarer Tätigkeit,
2. eigener Arbeitsverdienst, den der Hinterbliebene zu erwerben unterläßt, obwohl ihm der Erwerb zuzumuten ist,
3. Leistungen aus privaten Versicherungsverhältnissen,
4. Zinsen aus der Anlage von Kapitalvermögen und Erträge aus Wertpapieren, es sei denn, daß es sich nachweisbar um Zinsen oder Erträge aus der Anlage von Leistungen handelt, die der Hinterbliebene im Zuge der Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung erhalten hat,
5. sonstige Vermögenserträge,
6. Rentenleistungen, die der Hinterbliebene im Zuge der Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung erhalten hat oder erhält, sofern diese Leistungen nicht bereits nach den §§ 141d bis 141k BEG berücksichtigt werden,

7. sonstige Versorgungsbezüge.

(4) Nicht zumutbar ist eine Arbeit, die bei der sozialen Stellung des Hinterbliebenen nicht üblich ist. Einer Witwe ist eine Erwerbstätigkeit insbesondere dann nicht zuzumuten, wenn sie

1. für ein Kind unter 14 Jahren zu sorgen hat,
2. das 45. Lebensjahr vollendet hat,
3. keine Berufsausbildung besitzt und bisher nicht erwerbstätig war,
4. in ihrer Erwerbsfähigkeit um mindestens 50 vom Hundert gemindert ist.

Einem Witwer ist eine Erwerbstätigkeit insbesondere dann nicht zuzumuten, wenn er das 65. Lebensjahr vollendet hat oder in seiner Erwerbsfähigkeit um mindestens 50 vom Hundert gemindert ist.

(5) Erzielte und erzielbare Einkünfte werden nur insoweit berücksichtigt, als sie den Betrag

ab 1. September 1965	von 200 Deutsche Mark,
ab 1. September 1969	von 250 Deutsche Mark,
ab 1. Januar 1972	von 300 Deutsche Mark,
ab 1. Januar 1974	von 350 Deutsche Mark,
ab 1. Februar 1976	von 400 Deutsche Mark,
ab 1. März 1978	von 450 Deutsche Mark,
ab 1. März 1980	von 500 Deutsche Mark,
ab 1. Juli 1982	von 550 Deutsche Mark,
ab 1. Januar 1985	von 600 Deutsche Mark,
ab 1. Januar 1987	von 650 Deutsche Mark,
ab 1. Januar 1989	von 700 Deutsche Mark,
ab 1. März 1991	von 750 Deutsche Mark,
ab 1. Mai 1993	von 800 Deutsche Mark,
ab 1. April 1995	von 850 Deutsche Mark,
ab 1. März 1997	von 875 Deutsche Mark,
ab 1. März 1999	von 900 Deutsche Mark,
ab 1. Januar 2002	von 480 Euro,
ab 1. Juni 2008	von 520 Euro,
ab 1. Juli 2010	von 530 Euro,
ab 1. Oktober 2012	von 560 Euro,
ab 1. August 2014	von 590 Euro,
ab 1. September 2016	von 620 Euro,
ab 1. Januar 2019	von 670 Euro,
ab 1. September 2021	von 700 Euro und
ab 1. Dezember 2023	von 780 Euro

monatlich übersteigen. Je volle 50 Deutsche Mark, ab dem 1. Januar 2002 je 26 Euro der zu berücksichtigenden monatlichen Einkünfte führen zu einer Ermäßigung des Hundertsatzes um 10 vom Hundert, höchstens jedoch zu einer Kürzung des Monatsbetrages der Rente um 50 Deutsche Mark, ab dem 1. Januar 2002 um 26 Euro.

§ 13a Zusammentreffen von Renten für Schaden an Leben mit Renten für Schaden an Körper oder Gesundheit oder mit Renten für Schaden im beruflichen Fortkommen

(Entfällt)

§ 14 Mindestrente

Der monatliche Mindestbetrag der Rente nach § 19 BEG darf nicht unterschritten werden, soweit sich aus dem Bundesentschädigungsgesetz und dieser Verordnung nichts anderes ergibt.

§ 15 Verteilung von anzurechnenden Leistungen

Bei der Anrechnung von Leistungen auf laufende Renten gemäß § 10 BEG soll der anzurechnende Betrag derart verteilt werden, daß dem Hinterbliebenen mindestens die Hälfte des ihm gesetzlich zustehenden Mindestbetrages der Rente verbleibt.

§ 16 Zahlung der Rente

(1) Die Rente wird in monatlich vorauszahlbaren Beträgen vom Ersten des Monats an gezahlt, in dem die Voraussetzungen für den Rentenanspruch erfüllt sind, frühestens jedoch vom 1. November 1953 an.

(2) Die errechneten und die auszahlenden Beträge der Rente sind jeweils auf volle Deutsche Mark, ab 1. Januar 2002 auf volle Euro aufzurunden.

2.

Ruhen und Erlöschen der Rente

§ 17 Ruhen der Rente

(1) Soweit und solange die Rente nach § 22 BEG in der Fassung des Gesetzes vom 29. Juni 1956 ruht hat, ist dies bei der Bemessung der Summe der rückständigen Rentenbeträge zu berücksichtigen.

(2) Im Falle des Absatzes 1 ruht die Rente vom Ersten des Monats an, der dem Monat folgt, in den das für das Ruhen der Rente maßgebende Ereignis gefallen ist. Dabei sind die errechneten und die auszahlenden Beträge der Rente jeweils auf volle Deutsche Mark aufzurunden.

§ 18 Erlöschen der Rente

Die Rente erlischt

1. für jeden Hinterbliebenen mit dem Ende des Monats, in dem er stirbt,
2. für jeden Hinterbliebenen mit Ausnahme der Kinder, der Verwandten aufsteigender Linie und der Adoptiveltern auch mit dem Ende des Monats, in dem er heiratet oder wiederheiratet,
3. für Kinder und elternlose Enkel auch mit dem Ende des Monats, der dem Monat folgt, in dem sie das 18. Lebensjahr vollenden, es sei denn, daß die Voraussetzungen des § 7 Abs. 1 und 2 vorliegen,
4. für Pflegekinder auch mit dem Ende des Monats, der dem Monat folgt, in dem für ihren Unterhalt und ihre Erziehung von anderer Seite laufend

	ein höherer Betrag als 125 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Juli 1967	ein höherer Betrag als 150 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Januar 1971	ein höherer Betrag als 200 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Februar 1977	ein höherer Betrag als 360 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. März 1978	ein höherer Betrag als 430 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. März 1979	ein höherer Betrag als 550 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. März 1981	ein höherer Betrag als 650 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Januar 1987	ein höherer Betrag als 750 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Januar 1990	ein höherer Betrag als 850 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Januar 2002	ein höherer Betrag als 480 Euro monatlich,
ab 1. Juni 2008	ein höherer Betrag als 520 Euro monatlich,
ab 1. Juli 2010	ein höherer Betrag als 530 Euro monatlich,

ab 1. Oktober 2012	ein höherer Betrag als 560 Euro monatlich,
ab 1. August 2014	ein höherer Betrag als 590 Euro monatlich,
ab 1. September 2016	ein höherer Betrag als 620 Euro monatlich,
ab 1. Januar 2019	ein höherer Betrag als 670 Euro monatlich,
ab 1. September 2021	ein höherer Betrag als 700 Euro monatlich und
ab 1. Dezember 2023	ein höherer Betrag als 780 Euro monatlich

gezahlt wird.

5. für Verwandte der aufsteigenden Linie und für Adoptiveltern auch mit dem Ende des Monats, in dem die Bedürftigkeit weggefallen ist.

§ 18a Wiederaufleben der Rente

(Entfällt)

3. Anzeigepflicht und Änderung der Verhältnisse

§ 19 Anzeigepflicht

(1) Der Hinterbliebene ist verpflichtet, der zuständigen Entschädigungsbehörde unverzüglich anzuzeigen:

1. die in § 13 Abs. 3 genannten Arbeitsverdienste, Leistungen und Erträge sowie die Änderung der Einkommensverhältnisse,
2. die Verheiratung und Wiederverheiratung,
3. die Beendigung der Schul- und Berufsausbildung im Falle des § 7 Abs. 1 Nr. 1 und den Bezug von Dienstbezügen, Arbeitsentgelt oder sonstigen Zuwendungen in entsprechender Höhe,
4. den Fortfall der Erwerbsunfähigkeit im Falle des § 7 Abs. 1 Nr. 2 und den Bezug eines Einkommens

	von mehr als 125 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Juli 1967	von mehr als 150 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Januar 1971	von mehr als 200 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Februar 1977	von mehr als 360 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. März 1978	von mehr als 430 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. März 1979	von mehr als 550 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. März 1981	von mehr als 650 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Januar 1987	von mehr als 750 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Januar 1990	von mehr als 850 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Januar 2002	von mehr als 480 Euro monatlich,
ab 1. Juni 2008	von mehr als 520 Euro monatlich,
ab 1. Juli 2010	von mehr als 530 Euro monatlich,
ab 1. Oktober 2012	von mehr als 560 Euro monatlich,
ab 1. August 2014	von mehr als 590 Euro monatlich,
ab 1. September 2016	von mehr als 620 Euro monatlich,
ab 1. Januar 2019	von mehr als 670 Euro monatlich,
ab 1. September 2021	von mehr als 700 Euro monatlich und
ab 1. Dezember 2023	von mehr als 780 Euro monatlich,

5. die Zahlung eines Betrages

	von mehr als 125 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Juli 1967	von mehr als 150 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Januar 1971	von mehr als 200 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Februar 1977	von mehr als 360 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. März 1978	von mehr als 430 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. März 1979	von mehr als 550 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. März 1981	von mehr als 650 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Januar 1987	von mehr als 750 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Januar 1990	von mehr als 850 Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Januar 2002	von mehr als 480 Euro monatlich,
ab 1. Juni 2008	von mehr als 520 Euro monatlich,
ab 1. Juli 2010	von mehr als 530 Euro monatlich,
ab 1. Oktober 2012	von mehr als 560 Euro monatlich,
ab 1. August 2014	von mehr als 590 Euro monatlich,
ab 1. September 2016	von mehr als 620 Euro monatlich,
ab 1. Januar 2019	von mehr als 670 Euro monatlich,
ab 1. September 2021	von mehr als 700 Euro monatlich und
ab 1. Dezember 2023	von mehr als 780 Euro monatlich

im Falle des § 5 Abs. 2 Nr. 2,

6. den Fortfall der Bedürftigkeit im Falle des § 17 Abs. 1 Nr. 5 und 6 BEG.

(2) Der Hinterbliebene ist verpflichtet, der zuständigen Entschädigungsbehörde auf ihr Verlangen einmal jährlich eine Lebensbescheinigung vorzulegen. Die zuständige Entschädigungsbehörde kann auf die Vorlage verzichten, sofern der Zweck der Vorlage einer Lebensbescheinigung durch einen regelmäßigen Abgleich der erforderlichen Daten zwischen der Entschädigungsbehörde und einem amtlichen Melderegister erreicht werden kann.

(3) Hat der Hinterbliebene einen gesetzlichen Vertreter, so obliegen diesem die Pflichten aus den Absätzen 1 und 2.

§ 20 Verletzung der Anzeigepflicht

Kommt der Hinterbliebene oder sein gesetzlicher Vertreter den nach § 19 bestehenden Pflichten nicht nach, so kann die Zahlung der Rente ganz oder teilweise eingestellt werden. Dies gilt nur, wenn der Hinterbliebene oder sein gesetzlicher Vertreter auf diese Rechtsfolgen vorher hingewiesen worden ist.

§ 21 Neufestsetzung der Rente bei Änderung der Verhältnisse

(1) Im Falle des § 21 BEG wird die Rente mit Wirkung vom Ersten des Monats neu festgesetzt, der dem Monat folgt, in dem die Verhältnisse sich geändert haben.

(2) Eine Minderung oder Entziehung der Rente wird mit Ablauf des auf die Zustellung des Bescheides folgenden Monats wirksam. Hat der Hinterbliebene den Erlaß des Bescheides schuldhaft verhindert oder verzögert, so kann die Rückzahlung der überzahlten Rente angeordnet werden.

§ 21a

(Fundstelle: BGBl. I 1983, 1314;
bzgl. der einzelnen Änderungen vgl. Fußnote)

Der monatliche Mindestbetrag der Rente beträgt für

vom	vom	vom	vom	vom
1.1.1966	1.10.1966	1.7.1968	1.4.1969	1.9.1969

	bis 30.9.1966 DM	bis 30.6.1968 DM	bis 31.3.1969 DM	bis 31.8.1969 DM	bis 31.12.1970 DM
die Witwe	304	316	329	345	373
den Witwer	304	316	329	345	373
die Vollwaise	153	159	165	173	187
die erste und zweite Halbweise, wenn keine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	115	120	125	131	141
wenn eine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	85	88	92	96	104
die dritte und jede folgende Halbweise, je	76	79	82	86	93
den elternlosen Enkel	153	159	165	173	187
die Eltern oder Adoptiveltern zusammen	229	238	248	260	281
einen überlebenden Eltern- oder Adoptivelternteil ...	153	159	165	173	187
	vom 1.1.1971 bis 31.12.1971 DM	vom 1.1.1972 bis 31.12.1972 DM	vom 1.1.1973 bis 31.12.1973 DM	vom 1.1.1974 bis 31.12.1974 DM	
die Witwe	418	451	494	553	
den Witwer	418	451	494	553	
die Vollwaise	209	226	247	277	
die erste und zweite Halbweise, wenn keine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	158	171	187	209	
wenn eine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	116	125	137	153	
die dritte und jede folgende Halbweise, je	104	112	123	138	
den elternlosen Enkel	209	226	247	277	
die Eltern oder Adoptiveltern zusammen	315	340	372	417	
einen überlebenden Eltern- oder Adoptivelternteil ..	209	226	247	277	
	vom 1.1.1975 bis 31.1.1976 DM	vom 1.2.1976 bis 31.1.1977 DM	vom 1.2.1977 bis 28.2.1978 DM	vom 1.3.1978 bis 28.2.1979 DM	
die Witwe	586	642	706	755	
den Witwer	586	642	706	755	

die Vollwaise	294	322	354	379
die erste und zweite Halbwaise, wenn keine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	222	243	267	286
wenn eine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	162	177	195	209
die dritte und jede folgende Halbwaise, je	146	160	176	188
den elternlosen Enkel	294	322	354	379
die Eltern oder Adoptiveltern zusammen	442	484	532	569
einen überlebenden Eltern- oder Adoptivelternteil ..	294	322	354	479

vom 1.3.1979 bis 29.2.1980	vom 1.3.1980 bis 28.2.1981	vom 1.3.1981 bis 30.6.1982	vom 1.7.1982 bis 30.6.1983
DM	DM	DM	DM

die Witwe	800	860	903	939
den Witwer	800	860	903	939
die Vollwaise	402	432	454	472
die erste und zweite Halbwaise, wenn keine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	303	326	342	356
wenn eine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	222	239	251	261
die dritte und jede folgende Halbwaise, je	199	214	225	234
den elternlosen Enkel	402	432	454	472
die Eltern oder Adoptiveltern zusammen	603	648	680	707
einen überlebenden Eltern- oder Adoptivelternteil ..	402	432	454	472

vom 1.7.1983 bis 31.12.1984	vom 1.1.1985 bis 31.12.1985	vom 1.1.1986 bis 31.12.1986	vom 1.1.1987 bis 29.2.1988
DM	DM	DM	DM

die Witwe	958	995	1025	1061
den Witwer	958	995	1025	1061
die Vollwaise	481	500	515	533
die erste und zweite Halbwaise, wenn keine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	363	377	389	403

wenn eine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	266	276	285	295
die dritte und jede folgende Halbwaise, je	239	248	256	265
den elternlosen Enkel	481	500	515	533
die Eltern oder Adoptiveltern zusammen	721	749	772	799
einen überlebenden Eltern- oder Adoptivelternteil ..	481	500	515	533

	vom 1.3.1988 bis 31.12.1988 DM	vom 1.1.1989 bis 31.12.1989 DM	vom 1.1.1990 bis 28.2.1991 DM	vom 1.3.1991 bis 30.4.1992 DM	vom 1.5.1992 bis 30.4.1993 DM
die Witwe	1086	1101	1148	1215	1330
den Witwer	1086	1101	1148	1215	1330
die Vollwaise	546	554	577	610	668
die erste und zweite Halbwaise, wenn keine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	413	419	437	462	506
wenn eine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	302	306	319	338	370
die dritte und jede folgende Halbwaise, je	271	275	287	304	333
den elternlosen Enkel	546	554	577	610	668
die Eltern oder Adoptiveltern zusammen	818	829	864	914	1001
einen überlebenden Eltern- oder Adoptivelternteil ...	546	554	577	610	668

	vom 1.5.1993 bis 30.9.1994 DM	vom 1.10.1994 bis 31.3.1995 DM	vom 1.4.1995 bis 28.2.1997 DM	vom 1.3.1997 bis 31.12.1997 DM	vom 1.1.1998 bis 28.2.1999 DM
die Witwe	1350	1377	1421	1448	1461
den Witwer	1350	1377	1421	1448	1461
die Vollwaise	678	692	714	728	735
die erste und zweite Halbwaise, wenn keine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	514	524	541	551	556
wenn eine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	376	384	396	404	408
die dritte und jede folgende Halbwaise, je	338	345	356	363	366
den elternlosen Enkel	678	692	714	728	735

die Eltern oder Adoptiveltern zusammen	1016	1036	1069	1089	1099
einen überlebenden Eltern- oder Adoptivelternteil ...	678	692	714	728	735
	vom 1.3.1999 bis 31.12.2000 DM	vom 1.1.2001 bis 31.12.2001 DM	vom 1.1.2002 bis 31.1.2003 Euro	vom 1.2.2003 bis 31.3.2004 Euro	vom 1.4.2004 bis 31.7.2004 Euro
die Witwe	1503	1530	799	818	826
den Witwer	1503	1530	799	818	826
die Vollwaise	756	770	402	412	416
die erste und zweite Halbwaise, wenn keine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	572	582	304	311	314
wenn eine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	420	428	224	229	231
die dritte und jede folgende Halbwaise, je	377	384	201	206	208
den elternlosen Enkel	756	770	402	412	416
die Eltern oder Adoptiveltern zusammen	1131	1151	601	615	621
einen überlebenden Eltern- oder Adoptivelternteil ...	756	770	402	412	416
	vom 1.8.2004 bis 31.5.2008 Euro	vom 1.6.2008 bis 30.6.2010 €	vom 1.7.2010 bis 30.9.2012 €	vom 1.10.2012 bis 31.7.2014 €	vom 1.8.2014 bis 31.8.2016 €
die Witwe	834	899	918	970	1019
den Witwer	834	899	918	970	1019
die Vollwaise	420	453	463	489	513
die erste und zweite Halbwaise, wenn keine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	317	342	349	369	387
wenn eine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	233	251	256	271	285
die dritte und jede folgende Halbwaise, je	210	226	231	244	256
den elternlosen Enkel	420	453	463	489	513
die Eltern oder Adoptiveltern zusammen	627	676	690	729	765
einen überlebenden Eltern- oder Adoptivelternteil ...	420	453	463	489	513

	vom 1.9.2016 bis 31.12.2018 Euro	vom 1.1.2019 bis 31.8.2021 Euro	vom 1.9.2021 bis 30.11.2023 Euro	ab 1.12.2023 Euro
die Witwe	1066	1144	1 179	1 312
den Witwer	1066	1144	1 179	1 312
die Vollwaise	537	576	594	661
die erste und zweite Halbwaise, wenn keine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	405	435	448	499
wenn eine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	298	320	330	367
die dritte und jede folgende Halbwaise, je	268	288	297	331
den elternlosen Enkel	537	576	594	661
die Eltern oder Adoptiveltern zusammen	800	858	885	985
einen überlebenden Eltern- oder Adoptivelternteil ...	537	576	594	661

IV.

Kapitalentschädigung

§ 22 Berechnung der Kapitalentschädigung

(1) Die Kapitalentschädigung wird in der Weise berechnet, daß für jeden vollen Monat, der vom Zeitpunkt des Todes des Verfolgten bis zum 31. Oktober 1953 oder bis zu dem in Absatz 3 genannten früheren Zeitpunkt verfloßen ist, der Betrag der nach den §§ 18 bis 20 BEG errechneten Rente zugrunde zu legen ist, der auf den Monat November 1953 entfällt. Besteht für den Monat November 1953 kein Anspruch auf Rente, so ist der Berechnung der Kapitalentschädigung der Betrag zugrunde zu legen, der auf den letzten Kalendermonat entfällt, in dem die Voraussetzungen für den Anspruch auf Rente erfüllt waren.

(2) Soweit und solange die Rente während eines vor dem 1. November 1953 liegenden Zeitraumes geruht hätte (§ 22 BEG in der Fassung des Gesetzes vom 29. Juni 1956), ist dies bei der Bemessung der Kapitalentschädigung zu berücksichtigen.

(3) Sind zu einem vor dem 1. November 1953 liegenden Zeitpunkt Erlöschensgründe (§ 18) eingetreten, so ist der Bemessung der Kapitalentschädigung der Zeitraum vom Tode des Verfolgten bis zu diesem Zeitpunkt zugrunde zu legen.

(4) Bei der Bemessung der Kapitalentschädigung bleibt im Falle des § 23 BEG der Zeitraum zwischen dem Zeitpunkt, in dem die Rente der Witwe oder des Witwers erloschen, und dem Zeitpunkt, in dem sie wieder aufgelebt wäre, unberücksichtigt. § 23 Satz 3 BEG findet entsprechende Anwendung.

V.

Bewertung der im Ausland erzielten Einkünfte

§ 22a

(1) In den Fällen des § 5 Abs. 2 Nr. 5, § 7 Abs. 1 Nr. 2 und § 13 ist bei der Bewertung der im Ausland erzielten oder erzielbaren Einkünfte der amtliche Devisenkurs der ausländischen Währung zugrunde zu legen. Ergibt sich bei der Umrechnung der Einkünfte nach dem amtlichen Devisenkurs zuungunsten des Hinterbliebenen eine Abweichung von mindestens 10 vom Hundert gegenüber der Umrechnung der Einkünfte nach der Kaufkraft der ausländischen

Währung, so soll die Kaufkraft angemessen berücksichtigt werden. Dabei sind die Durchschnittswerte der Devisenkurse und die Kaufkrafttrichtzahlen für jedes Jahr gegenüberzustellen.

(2) Sind im Falle des Wiederauflebens der Rente nach § 23 BEG Leistungen auf die Rente anzurechnen, die der Witwe oder dem Witwer auf Grund eines neuen, infolge der Auflösung oder Nichtigerklärung der Ehe erworbenen Versorgungs- oder Unterhaltsanspruchs in ausländischer Währung zustehen, so findet für die Bewertung dieser Leistungen Absatz 1 entsprechende Anwendung.

VI. Schlußbestimmungen

§ 22b Stichtag für Neufestsetzung der Renten

Renten, die auf Grund des Bundesentschädigungsgesetzes oder dieser Verordnung vom 18. September 1965 an zu gewähren oder neu festzusetzen sind oder deren Ruhen von diesem Zeitpunkt an entfällt, werden mit Wirkung vom 1. September 1965 an gewährt oder neu festgesetzt.

§ 22c Übergangsvorschriften für Änderungen dieser Verordnung

(1) Die Unanfechtbarkeit oder die Rechtskraft einer Entscheidung, die vor der Verkündung einer Änderungsverordnung ergangen ist, steht keiner erneuten Entscheidung entgegen, die auf den durch die Änderungsverordnung geänderten Bestimmungen dieser Durchführungsverordnung beruht.

(2) Soweit sich aus der Änderung eine Leistungsverbesserung für laufende Renten ergibt, bedarf es keines besonderen Antrages.

(3) Bei der erneuten Entscheidung über den Anspruch sind die Entschädigungsorgane an die tatsächlichen Feststellungen gebunden, auf denen der unanfechtbare frühere Bescheid oder die rechtskräftige frühere gerichtliche Entscheidung beruht.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend, soweit vor der Verkündung der Änderungsverordnung Ansprüche durch Vergleich oder Abfindung geregelt worden sind. Dies gilt nicht, soweit die Berücksichtigung künftiger Leistungsverbesserungen ausdrücklich ausgeschlossen worden ist.

(5) Soweit vor der Verkündung der Änderungsverordnung Ansprüche von Berechtigten durch unanfechtbaren Bescheid oder durch rechtskräftige gerichtliche Entscheidung vorbehaltlos festgesetzt worden sind, behält es hierbei zugunsten der Berechtigten sein Bewenden.

§ 23

(weggefallen)

§ 24 Zeitlicher Anwendungsbereich

(1) Es treten in Kraft

1. die §§ 1, 3, 4, 5 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 1, 2 und 4, § 8 Abs. 2, 3, §§ 9 bis 12, § 13 Abs. 1, 2, 3 Nr. 1 bis 3, 5 bis 7, Abs. 4, §§ 14 bis 16 Abs. 1, § 18 Nr. 1, 5, §§ 20, 21, 22 Abs. 1, 3, 4 und § 23 mit Wirkung vom 1. Oktober 1953;
2. § 7 Abs. 3, § 18 Nr. 2 mit Wirkung vom 1. April 1957;
3. § 13 Abs. 5 Satz 2 mit Wirkung vom 1. Juni 1960;
4. § 7 Abs. 1, 2 und § 18 Nr. 3 mit Wirkung vom 1. Juli 1965;
5. § 5 Abs. 2 Nr. 3 und 5, Abs. 3, §§ 6, 8 Abs. 1, § 13 Abs. 3 Nr. 4, Abs. 5 Satz 1, § 16 Abs. 2, §§ 17, 18 Nr. 4, §§ 19, 22 Abs. 2, §§ 22a und 22b mit Wirkung vom 18. September 1965;
6. § 21a mit Wirkung vom 1. Januar 1966.

(2) Es treten außer Kraft
die §§ 2, 13a und 18a mit Wirkung vom 18. September 1965.

Anlage 1 (zu § 10 der 1. DV-BEG) Besoldungsübersicht

(Fundstelle: BGBl. I 1983, 1315 -1317;
bzgl. der einzelnen Änderungen vgl. Fußnote)

Vergleichbarer Dienst		Einfacher Dienst DM	Mittlerer Dienst DM	Gehobener Dienst DM	Höherer Dienst DM
1. Ruhegehaltfähige jährliche Dienstbezüge	bis 30. 9.1951	3 100	4 300	6 800	11 000
	bis 31. 3.1953	3 596	4 988	7 888	12 760
	bis 31.12.1955	4 092	5 676	8 976	14 520
	bis 31. 3.1957	4 464	6 192	9 792	15 840
	bis 31. 5.1960	5 148	7 084	10 944	17 480
	bis 31.12.1960	5 508	7 580	11 710	18 529
	bis 30. 6.1962	5 949	8 186	12 647	19 826
	bis 28. 2.1963	6 306	8 677	13 279	20 817
	bis 30. 9.1964	6 876	8 677	13 279	20 817
	bis 31. 8.1965	7 426	9 371	14 209	22 274
	bis 31.12.1965	8 400	10 092	15 756	23 250
	bis 30. 9.1966	8 736	10 496	16 386	24 180
	bis 30. 6.1968	9 085	10 916	17 041	24 905
	bis 31. 3.1969	9 448	11 353	17 723	25 777
	bis 31. 8.1969	10 848	13 629	19 878	27 887
	bis 31.12.1970	12 115	15 108	21 738	29 995
	bis 31.12.1971	13 440	17 505	23 983	34 178
	bis 31.12.1972	14 563	18 919	25 818	35 960
	bis 31.12.1973	16 021	20 703	28 093	38 625
	bis 31.12.1974	18 062	22 891	31 051	41 960
	bis 31. 1.1976	19 146	24 264	32 914	44 058
	bis 31. 1.1977	20 107	25 357	34 417	45 767
	bis 28. 2.1978	21 148	26 668	36 177	47 926
	bis 28. 2.1979	22 079	27 823	37 751	50 015
	bis 29. 2.1980	22 942	28 903	39 214	51 913
	bis 28. 2.1981	24 357	30 673	41 609	55 060
	bis 30. 6.1982	25 453	31 984	43 297	57 184
	bis 30. 6.1983	26 321	33 120	44 903	59 065
	bis 31.12.1984	26 797	33 725	45 737	60 074
	bis 31.12.1985	27 879	35 019	47 402	62 210
bis 31.12.1986	28 914	35 968	48 771	64 167	
bis 29. 2.1988	29 870	37 164	50 388	66 349	
bis 31.12.1988	30 567	38 037	51 569	67 901	
bis 31.12.1989	30 984	38 558	52 274	68 824	

Vergleichbarer Dienst	Einfacher Dienst DM	Mittlerer Dienst DM	Gehobener Dienst DM	Höherer Dienst DM	
bis 28. 2.1991	32 218	40 196	53 862	70 622	
bis 30. 4.1992	34 108	42 548	56 979	74 651	
bis 30. 4.1993	37 252	45 765	60 778	78 215	
bis 30. 9.1994	37 597	46 366	61 983	81 085	
bis 31. 3.1995	38 349	47 293	61 983	81 085	
bis 31. 3.1995	38 349	47 293	63 223	82 707	
bis 28. 2.1997	39 576	48 807	65 246	85 354	
bis 31.12.1997	40 390	49 741	66 394	86 729	
bis 28. 2.1999	40 692	50 183	67 086	87 760	
bis 31.12.2000	41 872	51 638	69 031	90 305	
bis 31.12.2001	42 626	52 567	70 274	91 931	
	Einfacher Dienst Euro	Mittlerer Dienst Euro	Gehobener Dienst Euro	Höherer Dienst Euro	
bis 31. 1.2003	22 274	27 468	36 721		
bis 30. 4.2003				48 038	
bis 31. 3.2004	22 809	28 127	37 602	49 191	
bis 31. 7.2004	23 037	28 408	37 978	49 683	
bis 31. 5.2008	23 267	28 692	38 358	50 180	
bis 30. 6.2010	25 082	30 930	41 350	54 094	
bis 30. 9.2012	25 609	31 580	42 218	55 230	
bis 31. 7.2014	27 069	33 380	44 624	58 378	
bis 31. 8.2016	28 422	35 049	46 855	61 297	
bis 31.12.2018	29 729	36 661	49 010	64 117	
bis 31. 8.2021	31 899	39 337	52 588	68 798	
bis 30.11.2023	32 888	40 556	54 218	70 931	
ab 1.12.2023	36 604	45 139	60 345	78 946	
2. Unfallruhegehalt (66 2/3% aus Nr. 1)	bis 30. 9.1951	2 067	2 867	4 534	7 334
bis 31. 3.1953	2 398	3 326	5 259	8 507	
bis 31.12.1955	2 728	3 784	5 984	9 680	
bis 31. 3.1957	2 976	4 128	6 528	10 560	
bis 31. 5.1960	3 432	4 723	7 296	11 653	
bis 31.12.1960	3 672	5 054	7 806	12 353	
bis 30. 6.1962	3 966	5 458	8 432	13 218	
bis 28. 2.1963	4 204	5 785	8 853	13 878	
bis 30. 9.1964	4 584	5 785	8 853	13 878	
bis 31. 8.1965	4 951	6 247	9 473	14 849	
bis 31.12.1965	5 600	6 728	10 504	15 500	
bis 30. 9.1966	5 824	6 997	10 924	16 120	
bis 30. 6.1968	6 057	7 277	11 361	16 603	
bis 31. 3.1969	6 299	7 568	11 815	17 184	

Vergleichbarer Dienst	Einfacher Dienst DM	Mittlerer Dienst DM	Gehobener Dienst DM	Höherer Dienst DM
bis 31. 8.1969	7 232	9 086	13 252	18 591
bis 31.12.1970	8 077	10 072	14 492	19 997
bis 31.12.1971	8 959	11 669	15 987	22 783
bis 31.12.1972	9 709	12 613	17 212	23 973
bis 31.12.1973	10 681	13 802	18 729	25 750
bis 31.12.1974	12 041	15 261	20 701	27 973
bis 31. 1.1976	12 764	16 176	21 943	29 372
bis 31. 1.1977	13 405	16 905	22 945	30 511
bis 28. 2.1978	14 099	17 779	24 118	31 951
bis 28. 2.1979	14 719	18 549	25 167	33 343
bis 29. 2.1980	15 295	19 269	26 143	34 609
bis 28. 2.1981	16 238	20 449	27 739	36 707
bis 30. 6.1982	16 969	21 323	28 865	38 123
bis 30. 6.1983	17 547	22 080	29 935	39 377
bis 31.12.1984	17 865	22 483	30 491	40 049
bis 31.12.1985	18 586	23 346	31 601	41 473
bis 31.12.1986	19 276	23 979	32 514	42 778
bis 29. 2.1988	19 913	24 776	33 592	44 233
bis 31.12.1988	20 378	25 358	34 379	45 267
bis 31.12.1989	20 656	25 705	34 849	45 883
bis 28. 2.1991	21 479	26 797	35 908	47 081
bis 30. 4.1992	22 739	28 365	37 986	49 767
bis 30. 4.1993	24 835	30 510	40 519	52 143
bis 30. 9.1994	25 065	30 911	41 322	54 057
bis 31. 3.1995	25 566	31 529	41 322	54 057
bis 31. 3.1995	25 566	31 529	42 149	55 138
bis 28. 2.1997	26 384	32 538	43 497	56 903
bis 31.12.1997	26 927	33 161	44 263	57 819
bis 28. 2.1999	27 128	33 455	44 724	58 507
bis 31.12.2000	27 915	34 425	46 021	60 203
bis 31.12.2001	28 417	35 045	46 849	61 287
	Einfacher Dienst Euro	Mittlerer Dienst Euro	Gehobener Dienst Euro	Höherer Dienst Euro
bis 31. 1.2003	14 849	18 312	24 481	
bis 30. 4.2003				32 025
bis 31. 3.2004	15 206	18 751	25 068	32 794
bis 31. 7.2004	15 358	18 939	25 319	33 122
bis 31. 5.2008	15 511	19 128	25 572	33 453
bis 30. 6.2010	16 721	20 620	27 567	36 063
bis 30. 9.2012	17 073	21 053	28 145	36 820

Vergleichbarer Dienst	Einfacher Dienst DM	Mittlerer Dienst DM	Gehobener Dienst DM	Höherer Dienst DM	
	bis 31. 7.2014	18 046	22 253	29 749	38 919
	bis 31.8.2016	18 948	23 366	31 237	40 865
	bis 31.12.2018	19 819	24 441	32 673	42 745
	bis 31.8.2021	21 266	26 225	35 059	45 865
	bis 30.11.2023	21 925	27 037	36 145	47 287
	ab 1.12.2023	24 403	30 093	40 230	52 631
3. Witwengeld (60% aus Nr. 2)	bis 30. 9.1951	1 500	1 720	2 720	4 400
	bis 31. 3.1953	1 500	1 996	3 155	5 104
	bis 31.12.1955	1 637	2 270	3 590	5 808
	bis 31. 3.1957	1 786	2 477	3 917	6 336
	bis 31. 5.1960	2 059	2 834	4 378	6 992
	bis 31.12.1960	2 204	3 032	4 684	7 412
	bis 30. 6.1962	2 380	3 275	5 059	7 931
	bis 28. 2.1963	2 522	3 471	5 312	8 327
	bis 30. 9.1964	2 750	3 471	5 312	8 327
	bis 31. 8.1965	2 971	3 748	5 684	8 909
	bis 31.12.1965	3 360	4 037	6 302	9 300
	bis 30. 9.1966	3 494	4 198	6 554	9 672
	bis 30. 6.1968	3 634	4 366	6 817	9 962
	bis 31. 3.1969	3 779	4 541	7 089	10 311
	bis 31. 8.1969	4 339	5 452	7 951	11 155
	bis 31.12.1970	4 846	6 043	8 695	11 998
	bis 31.12.1971	5 376	7 008	9 600	13 668
	bis 31.12.1972	5 832	7 572	10 332	14 388
	bis 31.12.1973	6 408	8 280	11 232	15 456
	bis 31.12.1974	7 224	9 156	12 420	16 788
	bis 31. 1.1976	7 656	9 708	13 164	17 628
	bis 31. 1.1977	8 040	10 140	13 764	18 312
	bis 28. 2.1978	8 460	10 668	14 472	19 176
	bis 28. 2.1979	8 832	11 136	15 096	20 004
	bis 29. 2.1980	9 180	11 556	15 684	20 760
	bis 28. 2.1981	9 744	12 264	16 644	22 020
	bis 30. 6.1982	10 188	12 792	17 316	22 872
	bis 30. 6.1983	10 524	13 248	17 964	23 628
	bis 31.12.1984	10 716	13 488	18 300	24 036
	bis 31.12.1985	11 148	14 004	18 960	24 888
	bis 31.12.1986	11 568	14 388	19 512	25 668
	bis 29. 2.1988	11 952	14 868	20 160	26 544
bis 31.12.1988	12 228	15 216	20 628	27 156	

Vergleichbarer Dienst	Einfacher Dienst DM	Mittlerer Dienst DM	Gehobener Dienst DM	Höherer Dienst DM	
bis 31.12.1989	12 396	15 420	20 904	27 528	
bis 28. 2.1991	12 888	16 080	21 540	28 248	
bis 30. 4.1992	13 644	17 016	22 788	29 856	
bis 30. 4.1993	14 904	18 312	24 312	31 284	
bis 30. 9.1994	15 036	18 552	24 792	32 436	
bis 31. 3.1995	15 336	18 912	24 792	32 436	
bis 31. 3.1995	15 336	18 912	25 284	33 084	
bis 28. 2.1997	15 828	19 524	26 100	34 140	
bis 31.12.1997	16 152	19 896	26 556	34 692	
bis 28. 2.1999	16 277	20 073	26 834	35 104	
bis 31.12.2000	16 752	20 652	27 612	36 120	
bis 31.12.2001	17 052	21 024	28 104	36 768	
	Einfacher Dienst Euro	Mittlerer Dienst Euro	Gehobener Dienst Euro	Höherer Dienst Euro	
bis 31. 1.2003	8 904	10 992	14 688		
bis 30. 4.2003				19 212	
bis 31. 3.2004	9 120	11 256	15 036	19 680	
bis 31. 7.2004	9 216	11 364	15 192	19 872	
bis 31. 5.2008	9 312	11 472	15 348	20 076	
bis 30. 6.2010	10 032	12 372	16 536	21 636	
bis 30. 9.2012	10 248	12 636	16 884	22 092	
bis 31. 7.2014	10 824	13 356	17 844	23 352	
bis 31.8.2016	11 364	14 016	18 744	24 516	
bis 31.12.2018	11 892	14 664	19 608	25 644	
bis 31.8.2021	12 756	15 732	21 036	27 516	
bis 30.11.2023	13 152	16 224	21 684	28 368	
ab 1.12.2023	14 640	18 060	24 144	31 584	
4. Waisengeld (30% aus Nr. 2)	bis 30. 9.1951	620	860	1 360	2 200
	bis 31. 3.1953	719	998	1 578	2 552
	bis 31.12.1955	818	1 135	1 795	2 904
	bis 31. 3.1957	893	1 238	1 958	3 168
	bis 31. 5.1960	1 030	1 417	2 189	3 496
	bis 31.12.1960	1 102	1 516	2 342	3 706
	bis 30. 6.1962	1 190	1 637	2 530	3 965
	bis 28. 2.1963	1 261	1 736	2 656	4 163
	bis 30. 9.1964	1 375	1 736	2 656	4 163
	bis 31. 8.1965	1 485	1 874	2 842	4 455
	bis 31.12.1965	1 680	2 018	3 151	4 650
	bis 30. 9.1966	1 747	2 099	3 277	4 836
	bis 30. 6.1968	1 817	2 183	3 408	4 981

Vergleichbarer Dienst	Einfacher Dienst DM	Mittlerer Dienst DM	Gehobener Dienst DM	Höherer Dienst DM
bis 31. 3.1969	1 890	2 271	3 545	5 155
bis 31. 8.1969	2 170	2 726	3 976	5 577
bis 31.12.1970	2 423	3 022	4 348	5 999
bis 31.12.1971	2 688	3 504	4 800	6 840
bis 31.12.1972	2 916	3 792	5 172	7 200
bis 31.12.1973	3 204	4 140	5 616	7 728
bis 31.12.1974	3 612	4 584	6 216	8 388
bis 31. 1.1976	3 828	4 848	6 588	8 808
bis 31. 1.1977	4 020	5 076	6 888	9 156
bis 28. 2.1978	4 236	5 340	7 236	9 588
bis 28. 2.1979	4 416	5 568	7 548	10 008
bis 29. 2.1980	4 584	5 784	7 848	10 380
bis 28. 2.1981	4 872	6 132	8 328	11 016
bis 30. 6.1982	5 088	6 396	8 664	11 436
bis 30. 6.1983	5 268	6 624	8 976	11 808
bis 31.12.1984	5 364	6 744	9 144	12 012
bis 31.12.1985	5 580	7 008	9 480	12 444
bis 31.12.1986	5 784	7 188	9 756	12 828
bis 29. 2.1988	5 976	7 428	10 080	13 272
bis 31.12.1988	6 120	7 608	10 320	13 584
bis 31.12.1989	6 192	7 716	10 452	13 764
bis 28. 2.1991	6 444	8 040	10 776	14 124
bis 30. 4.1992	6 816	8 508	11 400	14 928
bis 30.4.1993	7 452	9 156	12 156	15 648
bis 30. 9.1994	7 524	9 276	12 396	16 212
bis 31. 3.1995	7 668	9 456	12 396	16 212
bis 31. 3.1995	7 668	9 456	12 648	16 536
bis 28. 2.1997	7 920	9 756	13 044	17 076
bis 31.12.1997	8 076	9 948	13 284	17 340
bis 28. 2.1999	8 138	10 037	13 417	17 552
bis 31.12.2000	8 376	10 332	13 812	18 060
bis 31.12.2001	8 520	10 524	14 064	18 384
	Einfacher Dienst Euro	Mittlerer Dienst Euro	Gehobener Dienst Euro	Höherer Dienst Euro
bis 31. 1.2003	4 452	5 496	7 344	
bis 30. 4.2003				9 612
bis 31. 3.2004	4 560	5 628	7 524	9 840
bis 31. 7.2004	4 608	5 688	7 596	9 936
bis 31. 5.2008	4 656	5 736	7 668	10 032
bis 30. 6.2010	5 016	6 192	8 268	10 824

Vergleichbarer Dienst	Einfacher Dienst DM	Mittlerer Dienst DM	Gehobener Dienst DM	Höherer Dienst DM
bis 30. 9.2012	5 124	6 312	8 448	11 052
bis 31. 7.2014	5 412	6 672	8 928	11 676
bis 31.8.2016	5 688	7 008	9 372	12 264
bis 31.12.2018	5 940	7 332	9 804	12 828
bis 31.8.2021	6 384	7 872	10 512	13 764
bis 30.11.2023	6 576	8 112	10 848	14 184
ab 1.12.2023	7 320	9 024	12 072	15 792

Anlage 2 (zu § 11 der 1.DV-BEG)
Besoldungsübersicht

Fundstelle des Originaltextes: BGBl. I 1966, 299

Lebensalter gemäß § 11 Abs. 2	Bis zum vollendeten 30. Lebensjahr	Ab vollendetem 30. Lebensjahr	Ab vollendetem 35. Lebensjahr	Ab vollendetem 40. Lebensjahr	Ab vollendetem 45. Lebensjahr	Ab vollendetem 50. Lebensjahr	Ab vollendetem 55. Lebensjahr
1. Dienstekommen jährlich Einfacher Dienst	2.400,-	2.550,-	2.700,-	2.850,-	3.000,-	3.150,-	3.300,-
2. Dienstekommen jährlich Mittlerer Dienst	2.800,-	3.100,-	3.400,-	3.700,-	4.000,-	4.300,-	4.600,-
3. Dienstekommen jährlich Gehobener Dienst	3.600,-	4.200,-	4.800,-	5.400,-	6.000,-	6.600,-	7.200,-
4. Dienstekommen jährlich Höherer Dienst	4.900,-	6.000,-	7.100,-	8.200,-	9.300,-	10.400,-	11.500,-

